

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
10/2011 (III)*



Liebe FreundInnen!

Anbei wieder aktuelle Informationen direkt aus dem SPÖ-Klub im Parlament.

Auf der Sondersitzung am Freitag ging es um die Bewertung der Ergebnisse des EU-Gipfels vom 26. Oktober 2011.

Wie immer gilt: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



Plenum 28.10.2011

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Freitag, 28. Oktober, trat der Nationalrat auf Verlangen des BZÖ zu einer Sondersitzung zusammen. Anlass für die Debatte war der Euro-Gipfel am 23. und 26. Oktober. Bei diesem Gipfel konnte eine Einigung auf ein Gesamtpaket zur Stabilisierung der Eurozone sowie zur Griechenland-Hilfe erzielt werden. Die Europäische Union hat mit diesen Beschlüssen gezeigt, dass sie in der Lage ist, gemeinsam und solidarisch Lösungen zu finden.

Wie **Bundeskanzler Werner Faymann** in seinem Redebeitrag ausführte, sind die **Beschlüsse des Euro-Gipfels** eine wichtige **Basis für die Stabilität des Euro** und somit auch **Österreichs**. Europa reagiert mit entschlossenen und gemeinsamen Antworten auf die Krise und auf Angriffe durch Spekulanten. Neben den in der Nacht auf Donnerstag beschlossenen Maßnahmen gegen die aktuelle Krise – Schuldenschnitt, Banken-Rekapitalisierung und Verbesserung des Euro-Schutzschirmes – fordert Faymann weiterhin **strengere Regeln für die Finanzmärkte**, eine EU-weite **Finanztransaktionssteuer** und die **Trennung von Investment- und Geschäftsbanken**.

SPÖ-Klubobmann **Josef Cap** betonte, dass der Bundeskanzler Österreich sicher durch die Krise steuert und **forderte eine faire Debatte** zu den Ergebnissen des Euro-Gipfels. Er verwies auf die **niedrige Arbeitslosigkeit**, das **intakte Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssystem** in Österreich. Nun gilt es Sorge zu tragen, dass die schwierige Situation in Europa nicht für eine Neugewichtung beim Sozialstaat genützt wird. Der **Sozialstaat** ist ein **Produktivfaktor**. Wir müssen Sorge dafür tragen, dass die **Schuldenbremse nicht zu einer Pensionsbremse, Sozialbremse oder Bildungsbremse** wird.

Ein **Misstrauensantrag** gegen den Bundeskanzler fand keine Mehrheit. Einstimmig beschlossen werden konnte ein Antrag, der die **Einführung der Finanztransaktionssteuer** bis 2014 und die weitest gehende **Differenzierung von traditionellen Bankgeschäften und Investmentgeschäften** vorsieht. Im Anschluss an die Sondersitzung fand die **Konstituierung des Untersuchungsausschusses** statt. Der Untersuchungsausschuss ist eine Chance für die Politik, jenes Vertrauen, das sie durch das Fehlverhalten einiger weniger eingebüßt hat, zurückzugewinnen.

Überblick über die Ergebnisse des Euro-Gipfels

Griechenland & Schuldenschnitt

Auf Grund der massiven Sparmaßnahmen wird die **griechische Wirtschaft** heuer um 5,5% **schrumpfen**. Die **Arbeitslosigkeit** in Griechenland hat sich seit 2008 **verdoppelt** und liegt bei 18%. Die **Jugendarbeitslosigkeit** lag im März 2011 bei 42,5%.

Griechenland kann daher sein angepeiltes Budgetdefizit von 7,6% für 2011 nicht erreichen. Da sich Griechenland auf Grund dieser Entwicklungen nicht wie geplant bereits 2012 an den Finanzmärkten refinanzieren kann, wurde bereits am 21. Juli 2011 zwischen den Staats- und Regierungschefs der Eurozone eine grundsätzliche Einigung auf **ein zweites Griechenland-Programm** erzielt, an dem sich auch der **private Sektor beteiligen** soll. Da sich der Ausblick für Griechenland seit dem 21. Juli weiter verschlechtert hat, musste dieses zweite Programm nunmehr grundlegend umgestaltet werden.

Grundzüge des neues Griechenland-Programms:

- **Schuldenschnitt von 50% für griechische Anleihen in privater Hand** mit dem Ziel, die Verschuldung Griechenlands bis 2020 auf 120 Prozent des BIP zu senken. Der Beitrag des Privatsektors beläuft sich auf rund 100 Mrd. Euro. Die EZB ist nicht betroffen.
- Bereitstellung von **Sicherheiten** in Höhe von bis zu 30 Mrd. Euro und **zusätzlichen Finanzhilfen** durch andere Euro-Länder in Höhe von bis zu 100 Mrd. Euro.

Details sollen von den FinanzministerInnen im November geklärt werden. Zur Überwachung der Auflagen, an die die Finanzhilfe gebunden ist, wird eine **dauerhafte Mission der Troika** nach Griechenland entsandt.

Bankenrekapitalisierung

Um das Vertrauen in den europäischen Bankensektor zu festigen, sollen den Banken **erhöhte Eigenkapitalquoten** vorgeschrieben werden. Systemrelevante Banken müssen nun über 9 Prozent Eigenkapital bis Mitte 2012 verfügen. Der zur Aufstockung benötigte Kapitalbedarf wird von der Europäischen Bankenaufsicht auf 106,4 Mrd. Euro beziffert, 2,9 Mrd. Euro davon für Österreich.

Für die **Erhöhung der Eigenkapitalquote** ist ein **dreistufiges Verfahren** vorgesehen: erstens Stärkung des Eigenkapitals über den Finanzmarkt; sollte dies nicht möglich sein: nationale Bankenrettungsfonds; sollte dies auch nicht reichen: Kredit von EFSF. In Österreich stehen aus dem 2008 geschnürten Bankenhilfspaket von insgesamt 15 Mrd. Euro noch 6 Mrd. Euro für allfällige Rekapitalisierungen zur Verfügung.

Euro-Schutzschirm

Die mit neuen Instrumenten ausgestattete und auf 440 Mrd. Euro Vergabekapazität aufgestockte **EFSF** (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) ist mittlerweile funktionsfähig. Dennoch bestehen **Zweifel, ob die Vergabekapazität ausreicht, um alle neuen Aufgaben wahrzunehmen**. Da eine weitere Aufstockung des Garantierahmens politisch ausgeschlossen wurde, wurden **zwei Möglichkeiten** identifiziert, dennoch eine **größere Wirkung** zu erzielen:

- **Versicherungsvariante:** EFSF-Kredite werden dazu verwendet, den Gläubigern einen gewissen Prozentsatz bei einer Staatspleite zu garantieren. Dadurch soll das **Risiko** der jeweiligen Anleihen und damit die **Refinanzierungskosten gesenkt** werden.
- **EFSF als Vermögensverwalter:** Die EFSF gründet einen Fonds, in den auch private Investoren und andere Staaten einzahlen können. Dieser Fonds kauft Anleihen gefährdeter Staaten und soll so deren Refinanzierungskosten senken.

Parallel wurde auch eine **stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung** vereinbart. **Kommission und Rat** sollen bei Ländern, die sich im übermäßigen Defizitverfahren befinden (derzeit 13 der 17 Euro-Länder), **neue Kompetenzen** erhalten wie z.B. nationale Budgetentwürfe vorab prüfen, konkrete Änderungsvorschläge machen und den Budgetvollzug kontrollieren. Die konkreten Vorschläge liegen jedoch noch nicht vor. Sollten die Änderungen auf Grund der derzeitigen Verträge nicht möglich sein, so sollen **begrenzte Vertragsänderungen** angedacht werden.

Parlamentsrede vom 28.10.2011

Redebeitrag zur Einigung auf ein Gesamtpaket zur Stabilisierung der Eurozone sowie zur Griechenland-Hilfe

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Westenthaler, wir retten schon – da haben Sie recht: Wir retten 1 Million Arbeitsplätze, die Sie aufs Spiel setzen würden. *(Oje!-Rufe beim BZÖ.)* Und was das für die Bevölkerung in Österreich bedeuten würde, das können Sie sich vielleicht ausmalen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Mir gefällt das Bild, das Herr Kollege Kogler gezeichnet hat, sehr gut. Das BZÖ bläst einen Drachen auf, um dann selbst als Drachentöter auftreten zu können, also viel aufgeblasene Luft. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Stefan.)*

Wenn wir zum Thema und zur Sachlichkeit zurückkehren, meine Damen und Herren, dann kann man sagen, das Gipfeltreffen der vergangenen Tage hat uns deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir gemeinsam und solidarisch Lösungen in Europa suchen, denn nur dann hat Europa auch wirklich eine Perspektive. Und diese Lösungen müssen wir dann auch geschlossen – und das ist auch passiert – gegenüber Dritten vertreten, und zwar insbesondere gegenüber den Banken und gegenüber den Finanzmärkten.

Der erste Erfolg des Euro-Gipfels ist daher, dass die europäische Politik ihre Verantwortung wahrgenommen hat und eine klare Perspektive zur Lösung der aktuellen Probleme aufgezeigt hat. Es war nämlich alles andere als selbstverständlich, dass die Banken sich bereit erklären, freiwillig auf 50 Prozent ihrer Forderungen zu verzichten.

Mit diesem geplanten Schuldenschnitt hat Griechenland jetzt die Chance, die Reformen tatsächlich weiterführen zu können. Es werden die Menschen in Griechenland noch genug unter diesen Reformen zu stöhnen haben, diese Reformen werden schmerzlich genug sein. Deswegen glaube ich auch, dass es ganz selbstverständlich und auch richtig ist, dass private Investoren hier ihren Beitrag leisten werden.

Ich denke, es ist auch gut, dass die Europäische Zentralbank vom Schuldenschnitt verschont geblieben ist und so die Steuerzahler und die Steuerzahlerinnen nicht belastet werden.

Gleichzeitig kommt es durch diesen Beschluss zu keinen Kettenreaktionen. Ich glaube, auch das ist ein ganz wichtiger Punkt. Der Beschluss ist also eine Vorsorge gegen Kettenreaktionen auf den Finanzmärkten.

Die richtige Analyse der Krisenursachen ist daher der zweite Erfolg des Gipfels. Es sind die Banken, die letztendlich über ihre Verhältnisse gelebt haben und sich dann nebenbei noch selbst belohnt haben. Daher müssen sie jetzt zurückgeführt werden zur Realwirtschaft.

Auf dem Gipfel ist auch gelungen, diesen richtigen großen Schritt in die richtige Richtung zu machen (*Abg. Mag. Stefan: Durch Hebelungen! Durch realwirtschaftliche Hebelungen!*), und da möchte ich mich vor allem beim Bundeskanzler bedanken, denn es weht, das wurde heute schon gesagt, ein rauer Wind in Brüssel. Und die gute Idee der Finanztransaktionssteuer wäre vermutlich nur eine gute Idee geblieben, wenn der Bundeskanzler und die Regierung sich nicht vehement dafür eingesetzt hätten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Ergebnisse sind ein wichtiger Schritt, aber überwunden haben wir die Krise noch nicht. Das wurde auch heute immer wieder betont. Das Beschlossene muss jetzt konsequent weitergeführt und umgesetzt werden.

Ganz wichtig ist, dass wir darauf achten, dass die Maßnahmen nachhaltig sind, dass sie sozial ausgewogen und vor allem demokratisch legitimiert sind.

Das heißt erstens: Wir benötigen ein europaweites Konzept für neue Arbeitsplätze und neues Wirtschaftswachstum, denn Sparen alleine ist keine Lösung. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft – da geht es um Bildung, da geht es um Forschung und um Beschäftigung.

Zweitens brauchen wir strikte Regeln für die Banken- und Finanzwelt, damit wir verhindern können, wieder in ein solches Krisendilemma zu rutschen, wie wir das 2008 erlebt haben.

Drittens muss sichergestellt sein, dass der Euro-Schutzschirm der Kontrolle durch die nationalen Parlamente unterliegt und das Budgetrecht des Nationalrates erhalten bleibt. Das ist eine wichtige Forderung. Ich bin etwas skeptisch, was die immer wieder geäußerten Ideen betrifft, diese Ideen, die von einem Durchgriffsrecht der Kommission auf die nationalen Budgets sprechen.

Alles in allem, im Gegensatz zu den lauten Schreien von Teilen der Opposition kann man sagen: Die Beschlüsse sind konstruktiv, und sie sind in dem Bewusstsein getroffen worden, dass es um unseren Wohlstand und um die Erhaltung von Arbeitsplätzen in Österreich geht. – Danke. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Pressemeldungen & Veranstaltungen:

[Muttonen als Wahlbeobachterin beeindruckt vom Willen zur Demokratie in Tunesien \(24.10.2011\)](#)

[Nationalrat - Muttonen zu Euro-Gipfel: Beteiligung der Banken "selbstverständlich und richtig" \(28.10.2011\)](#)

Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung in Tunesien



Gemeinsam mit meiner schwedischen Kollegin auf Wahlbeobachtung

Vom 21. - 24. Oktober 2011 war ich im Rahmen einer OSZE-Delegation in Tunesien, wo ich als einzige offizielle österreichische Beobachterin die ersten freien und demokratischen Wahlen des Landes verfolgen durfte.

Bei meinen Besuchen verschiedener Wahllokale in der ländlichen Umgebung von Sousse hat mich besonders die große Freude und Begeisterung der TunesierInnen darüber beeindruckt,

zum ersten Mal in ihrer Geschichte die Geschicke des Landes selbst bestimmen

zu können. Die Wahlen selber aber auch die Wahlvorbereitungen und die Wahlkampfphase sind von den tunesischen Behörden und den vielen freiwilligen Helfern rechtmäßig und einwandfrei demokratisch durchgeführt und organisiert worden. Das ist für die ersten demokratischen Wahlen eine großartige Leistung. Sie zeigt den Willen und die Motivation der Menschen in Tunesien, sich ihre eigene Demokratie aufzubauen. Einen besonders ermutigenden Eindruck haben auf mich auch die vielen selbstbewussten und gesellschaftlich engagierten Frauen gemacht, die ich auf meiner Reise getroffen habe.

Ich beurteile die Chancen für eine langfristige demokratische Entwicklung in Tunesien daher erst einmal positiv. Auch wenn jetzt aufgrund des Wahlsiegs der islamisch orientierten Ennahda-Partei viele in Europa Skepsis anmelden. Die demokratisch getroffene Entscheidung der tunesischen Bevölkerung ist zu respektieren.

Der Vorsitzende der Ennahda-Partei, Ghannouchi, hat sich wiederholt zu Demokratie und Frauenrechten bekannt. Diesem Versprechen gilt es nun eine faire Chance zu geben. Wichtig für die Demokratie in Tunesien ist jetzt vor allem, dass sich die wirtschaftliche Perspektive für die Menschen verbessert und dass der Staat stabile und rechtsstaatliche Strukturen erhält. Hier können und sollen Österreich und Europa, wenn Tunesien dies wünscht, einen großen und sinnvollen Beitrag leisten. Wichtig wird dabei sein, den Grad der Zusammenarbeit und auch der wirtschaftlichen Unterstützung streng von der weiteren Einhaltung demokratischer Spielregeln abhängig zu machen.



Tunesische Frauen drängen zur Wahl

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien